



# HESSISCHER LANDTAG

02. 02. 2022

Plenum

## **Dringlicher Antrag**

### **Fraktion DIE LINKE**

**Keine Änderungen der gesetzlichen Arbeitszeit für Beschäftigte der kritischen Infrastruktur - wegen Omikron länger und sonntags zu arbeiten, ist derzeit nicht notwendig!**

Der Landtag wolle beschließen:

#### **I. Der Landtag stellt fest:**

1. Mit Befremden nimmt der Landtag zur Kenntnis, dass jüngst durch Allgemeinverfügung der Regierungspräsidien, offensichtlich auf Anweisung der Landesregierung, wesentliche Arbeitsschutzrechte außer Kraft gesetzt wurden.
2. Die befristeten Änderungen der gesetzlichen Arbeitszeit für Beschäftigte der sogenannten kritischen Infrastruktur in Hessen stellen einen gravierenden Eingriff in das Arbeitszeitrecht dar und sind nicht notwendig.
3. Für die Beschäftigten, insbesondere in der Pflege und im Handel, aber auch den anderen betroffenen Branchen, die in den vergangenen zwei Jahren bis an die Erschöpfungsgrenze arbeiteten, sind sie stattdessen ein Schlag ins Gesicht! Ohne Not zum derzeitigen Zeitpunkt die zulässige Höchstarbeitszeit heraufzusetzen und zudem die Sonntagsarbeit erheblich auszuweiten, ist für die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine unerträgliche Zumutung.
4. Diese antragslose, pauschale Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ist nicht im Sinne der Ausnahmeregelung des § 15 Abs. 2 ArbZG „im öffentlichen Interesse dringend nötig“.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Regierungspräsidien unverzüglich anzuweisen, die entsprechenden Allgemeinverfügungen wieder zurückzunehmen.

#### **Begründung:**

Diese Maßnahme, die ohne Beteiligung des Landtages und auch ohne Rücksprache mit den Gewerkschaften erfolgte, ist sofort zurückzunehmen, denn sie stellt zum derzeitigen Zeitpunkt ohne zwingenden Grund einen wesentlichen Eingriff ins Arbeitszeitrecht dar.

Nach fast zwei Jahren dauernder Belastung in der Pandemie jetzt ohne Not eine Arbeitszeitverlängerung anzuordnen, stellt eine völlig überzogene Maßnahme dar. Längere tägliche Arbeitszeiten schaffen keine einzige dringend benötigte zusätzliche Pflegekraft in den Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen. Im Gegenteil drohen in Kliniken und Pflegeheimen mehr Krankheitsausfälle und Kündigungen durch die Erhöhung der schon bestehenden zusätzlichen Belastung.

Auch im Handel gibt es derzeit keinerlei Indiz für eine Gefährdung der Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Es erschließt sich deshalb auch nicht, warum nun plötzlich Regale in Supermärkten auch am Sonntag aufgefüllt werden müssten.

Wiesbaden, 2. Februar 2022

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Elisabeth Kula**